

# Bitkom Bildungscheck

Wahl zum Landtag von  
Sachsen-Anhalt 2026

# Einleitung

Sachsen-Anhalt zählt im Bitkom-Länderindex 2026 mit 52,4 von 100 Punkten zu den Schlusslichtern des Rankings – der Rückstand zur Spitze beträgt fast 20 Punkte. Vor allem bei digitaler Infrastruktur und digitaler Wirtschaft liegt das Land zurück. Dass digitale Bildung auch ohne wirtschaftliche Spitzenposition gelingen kann, zeigen andere ostdeutsche Länder: Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen erreichen in der Kategorie »Digitale Gesellschaft« trotz schwacher Gesamtplatzierung die Ränge zwei und drei, unter anderem durch verpflichtenden Informatikunterricht. Diesem Vorbild folgt Sachsen-Anhalt bislang nicht: Mit 57,5 Punkten bleibt das Land auch hier deutlich zurück.

Um den Anschluss zu finden, muss Sachsen-Anhalt der digitalen Bildung höchste Priorität einräumen. Denn Bildung ist die wichtigste Ressource für eine zukunftsfähige Gesellschaft und einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort. Vor diesem Hintergrund kommt der Wahl zum Landtag von Sachsen-Anhalt am 6. September 2026 eine besondere Bedeutung zu.

Es braucht die konsequente Nutzung der Chancen der Digitalisierung für zeitgemäßen **Unterricht an Schulen**, eine zukunftssichere **Ausbildung und Fachkräftesicherung** sowie die **digitale Teilhabe** der gesamten Landesgesellschaft.

Ob die Parteien diesem Anspruch gerecht werden, zeigt der **Bitkom Bildungscheck**: Anhand der bildungspolitischen Grundpositionen des Bitkom wertet er die Standpunkte und Maßnahmen zur digitalen Bildung in den Wahlprogrammen der derzeit im Landtag von Sachsen-Anhalt vertretenen Parteien aus:

- CDU Sachsen-Anhalt
- AfD Sachsen-Anhalt
- Die Linke Sachsen-Anhalt
- SPD Sachsen-Anhalt
- FDP Sachsen-Anhalt
- Bündnis 90/Die Grünen Sachsen-Anhalt

Bitkom ist eine strikt überparteiliche Organisation. Die Auswertung ergibt sich ausschließlich aus der inhaltlichen Übereinstimmung der Wahlprogramme mit den bildungspolitischen Positionen der digitalen Wirtschaft und ist unabhängig von parteipolitischen Präferenzen. Es handelt sich dabei nicht um eine Wahlempfehlung, sondern um ein Informationsangebot zur digitalen Landespolitik.

## Blitzbewertung

### CDU Sachsen-Anhalt

Das Wahlprogramm zeigt hohe Übereinstimmung bei der digitalen Bildung in Schulen, Medienkompetenzbildung, der internationalen Fachkräftesicherung und einem gemeinsamen Vorgehen gegen Desinformation. Die Ansätze bei der Digitalisierung der beruflichen Bildung und dem Pflichtfach Informatik sind ausbaufähig. Die Pläne zum digitalen Lernen für Schule und zum lebenslangen Lernen sollten mit einem klaren Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit der digitalen Bildungswirtschaft unterlegt werden.

### AfD Sachsen-Anhalt

Das Wahlprogramm widerspricht den Zielen zukunftsfähiger Bildung und macht den Einsatz digitaler Medien im Unterricht als Ursache für einen vermeintlichen »Bildungsverfall« verantwortlich. Digitale Ausstattung von Schulen soll zurückgefahren und für Smartphones ein gesetzliches Verbot bis Klasse 10 verhängt werden. Informatische Bildung wird als vermeintliches Gegengewicht zu digitalgestütztem Unterricht gesehen. Die Digitalisierung der Wirtschaft soll der Fachkräftezuwanderung entgegenwirken, Förderprogramme für Frauen sollen vollständig eingestellt werden. Diese Maßnahmen gefährden eine zukunftsfähige Fachkräftebasis für die digitale Wirtschaft. Die aktive Bekämpfung von Desinformation wird als »digitale Zensur« abgelehnt.

Die AfD positioniert sich auch über die Bildungspolitik hinaus in ihrer politischen Grundhaltung und ihren Forderungen gegen die Interessen der digitalen Wirtschaft. Weitere Details in unserer [Einordnung der Positionen der AfD aus Perspektive der digitalen Wirtschaft](#).

### Die Linke Sachsen-Anhalt

Das Wahlprogramm setzt Schwerpunkte bei der Digitalisierung beruflicher Bildung mit einem Landesprogramm zur Modernisierung der IT-Infrastruktur von Berufsschulen und digitaler Ausstattung für Auszubildende. Medienkompetenzvermittlung soll gestärkt werden, digitale Teilhabe wird mit konkreten Vorhaben einer Geräteförderung und kostenlosen Digitalkursen versehen. Kritisch sind die Ausrichtung auf frei zugängliche Materialien zulasten der Bildungswirtschaft und die fehlende Positionierung zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Desinformation.

### SPD Sachsen-Anhalt

Das Wahlprogramm zeigt hohe Übereinstimmung bei der Fachkräftesicherung mit beschleunigten Anerkennungsverfahren, Fachkräfteagentur sowie der gezielten Förderung von Frauen. Die Unterstützung digitaler Bildung an Schulen wird befürwortet, bleibt aber unkonkret. Lücken bestehen bei KI im Unterricht und KI-Kompetenzen von Beschäftigten, bei der digitalen Lehrkräftefortbildung und der informatischen Bildung. Zentraler Widerspruch ist der geforderte umlagefinanzierte Ausbildungsfonds, der Unternehmen zusätzlich belasten würde.

### FDP Sachsen-Anhalt

Das Wahlprogramm unterstützt digitale Bildung in Schulen proaktiv mit gezielter Integration von Künstlicher Intelligenz mithilfe KI-gestützter Lernwerkzeuge und KI-Profilklassen. Die digitale Bildungswirtschaft soll dabei über öffentlich-private Partnerschaften eingebunden werden. Niedrigschwellige Lernorte und digitale

Schulungsangebote für Ältere sollen digitale Teilhabe sichern. Das Wahlprogramm bleibt bei einer digital unterlegten Weiterbildungsstrategie und beim Aufbau von KI-Kompetenzen der Beschäftigten lückenhaft.

#### **Bündnis 90/Die Grünen Sachsen-Anhalt**

Das Wahlprogramm zeigt hohe Übereinstimmung bei der digitalen Bildungsinfrastruktur, die eine vollständige Ausstattung mit Netz, WLAN und Endgeräten für Lernende wie Lehrkräfte sichern sollte. Informatische und mediale Grundbildung sollen mit einem durchgängigen Pflichtfach von Klasse 5 bis 10/11 etabliert werden. Ebenfalls begrüßenswert sind die Lehrkräfteunterstützung durch Digitalassistenzen, digitale Weiterbildungsformate, die digitale Teilhabe und eine One-Stop-Agency für die Fachkräftezuwanderung. Lücken betreffen KI im Unterricht als Werkzeug für Individualisierung, eine fehlende Position zu Smartphones und die digitale Ausstattung der Berufsschulen.

# Bitkom-Positionen zur digitalen Bildung

Basis für die Analyse sind die folgenden Grundpositionen der digitalen Wirtschaft in drei Themenfeldern der digitalen Bildungspolitik.

## Digitale Bildung in Schulen

- **Digitalisierung als Chance begreifen:** Digitale Bildung ist entscheidend für Deutschlands Zukunft und eine Chance für die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems.
- **Zukunftsfähige digitale Infrastruktur von Schulen sicherstellen:** Schulen müssen mit einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur und alle Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten ausgestattet sein.
- **Auf die Innovationskraft der digitalen Bildungswirtschaft setzen:** Der Bildungssektor sollte sich stärker wettbewerbsorientiert ausrichten und auf bewährte marktvorgängbare Lösungen der digitalen Bildungswirtschaft sowie auf Angebote innovativer EdTechs und außerschulischer Anbieter setzen.
- **Weiterbildung zu digitalem Lehren und Lernen für Lehrkräfte stärken:** Für das Gelingen digitaler Bildung sind Lehrkräfte entscheidend. Sie müssen beim Aufbau der dafür nötigen Kompetenzen unterstützt werden.
- **KI-Potenziale im Unterricht nutzen:** Künstliche Intelligenz ist längst im Schulalltag angekommen. Es braucht Zugang zu geeigneten Anwendungen, um die Potenziale für Individualisierung und Differenzierung im Unterricht wirksam zu nutzen.
- **Beim Umgang mit Smartphones die Schulaufonomie stärken:** Statt gesetzlicher Pauschalverbote müssen Schulen mit abgestuften, rechtssicheren Leitlinien bei individuellen Regelungen zum Umgang mit privater Smartphone-nutzung unterstützt werden.



## Zukunftsfähige berufliche Bildung und Fachkräftesicherung

- **Duale Ausbildung modernisieren:** Digitales Lernen, zeitgemäße Ausstattung von Berufsschulen und digitale Berufsorientierung stärken die digitale Ausbildung. Zusätzliche Belastungen für Unternehmen wie die Berliner Ausbildungsplatzumlage sind nicht zielführend.
- **Weiterbildung stärken:** Weiterbildung ist ein zentraler Hebel für die Fachkräftesicherung. Digitale Formate und Lerntechnologien bieten große Potenziale in der beruflichen Bildung.
- **KI-Kompetenzen von Beschäftigten gezielt fördern:** Künstliche Intelligenz verändert die Berufswelt grundlegend. Beschäftigte brauchen verlässliche Angebote, um KI-Kompetenzen aufzubauen.
- **Zuwanderung von Fachkräften erleichtern:** Angesichts des wachsenden IT-Fachkräftemangels müssen qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland schneller in den deutschen Arbeitsmarkt finden. Einwanderungsprozesse müssen vereinfacht und durchgängig digitalisiert werden.
- **Erwerbspotenzial von Frauen in der IT heben:** Frauen sind in IT-Berufen nach wie vor unterrepräsentiert. Es braucht eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gezielte Förderprogramme.



## Kompetenzen für eine resiliente digitale Gesellschaft

- **Medienkompetenz und informatische Bildung in der Schule verankern:** Die Schule muss Schülerinnen und Schüler befähigen, sich sicher und selbstbestimmt in der digitalen Welt zu bewegen. Medienkompetenz und informatische Grundbildung sind dafür unerlässlich.
- **Digitale Kompetenzen altersübergreifend vermitteln:** Digitale Kompetenzen sind die Zukunftskompetenzen schlechthin. Sie sind die Grundvoraussetzung für Teilhabe an der digitalen Gesellschaft und für selbstbestimmtes Handeln im Alltag. Es braucht eine flächendeckende Vermittlung im Rahmen des lebenslangen Lernens.
- **Digitale Teilhabe für alle:** Wir müssen die digitale Spaltung unserer Gesellschaft überwinden. Unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft und Bildungsgrad müssen alle Menschen an der digitalen Welt teilhaben können. Dafür braucht es niedrigschwellige Lernorte, Barrierefreiheit und die gezielte Einbindung bislang abgehangener Gruppen.
- **Desinformation gemeinsam bekämpfen:** Fake News und Desinformation sind eine Gefahr für unsere Demokratie und gefährden das Vertrauen in digitale Dienste und Plattformen. Ihre Bekämpfung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur im Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gelingen kann.



# Der Bitkom Bildungscheck

Der Bitkom Bildungsscheck analysiert die Wahlprogramme und bewertet die Übereinstimmung mit den bildungspolitischen Grundpositionen der digitalen Wirtschaft **qualitativ** in vier Abstufungen.

☒ ☒ ☒ Hoch
 ☒ ☒ ☐ Mittel
 ☒ ☐ ☐ Niedrig
 ☐ ☐ ☐ Keine



# Digitale Bildung in Schulen

**CDU**

11/11/2019

Die CDU begreift den digitalen Wandel als Gestaltungsaufgabe der Schule, mit dem »konstruktiv und positiv« (S. 21) umgegangen werden müsse. KI soll »als Werkzeug für kreatives und effektives Lernen« genutzt und Medienkompetenz für Lehrkräfte in Ausbildung und Fortbildung verbindlich verankert werden (S. 21). Digitalassistenten sollen den digitalen Unterricht unterstützen (S. 21). Der Umgang mit Smartphones soll der Schulautonomie überlassen werden. Es fehlt ein klares Bekenntnis zur Endgeräteausstattung sowie zur Zusammenarbeit mit der digitalen Bildungswirtschaft bei Projekten zum digitalen Lernen wie der »Lernwelt Sachsen-Anhalt« und der geplanten »zentrale[n] Lernplattform« (S. 52).

**AfD**

Die AfD deutet digitale Bildung als Ursache eines vermeintlichen »Bildungsverfall« für den »übermäßige[r] und verfrühte[r] Umgang« (S. 71) mit digitalen Medien verantwortlich sei. Sie will die Ausstattung zurückfahren, digitale Medien an Grundschulen ganz ausschließen und an weiterführenden Schulen nur »selektiv« (S. 79) zulassen. Sie setzt stattdessen auf »Buch, [...] Hausaufgabenheft und die Schultafel« (S. 79). KI im Klassenraum lehnt sie »mit Entschiedenheit« ab (S. 79). Beim Umgang mit Smartphones vertritt die AfD Sachsen-Anhalt ein gesetzliches Verbot »bis einschließlich Klasse 10« (S. 79)

## Die Linke

10/10

Die Linke Sachsen-Anhalt sieht Digitalisierung als »Lebenswirklichkeit« (S. 28) junger Menschen und fordert leistungsfähiges Internet und digitale Geräte für alle Kinder und Jugendlichen von der Kita bis zur Schule zu (S. 28). KI will sie im Unterricht »lernförderlich« (S. 29) einsetzen. Das Wahlprogramm fokussiert sich einseitig auf frei zugängliche Bildungsmaterialien und zeigt Skepsis zur Zusammenarbeit mit der digitalen Bildungswirtschaft.

## SPD

11/11

Die SPD Sachsen-Anhalt sieht Digitalisierung als Unterstützung, die »aber keine pädagogische Beziehung [ersetze]« (S. 19). Digitale Lernmittel und Unterstützung für Lehrkräfte will sie ausbauen, bleibt in der Ausgestaltung aber unkonkret. Beim Personal setzt sie auf multiprofessionelle Teams einschließlich Fachkräften für digitale Ausstattung (S. 18). Darüber hinaus bleibt das Programm bei der digitalen Lehrkräftefortbildung, KI im Unterricht und Smartphonennutzung lückenhaft.

**FDP**

Page 10 of 10

Die FDP Sachsen-Anhalt betont die Bedeutung digitaler Kompetenzvermittlung (S. 25). Sie fordert eine Öffnung des Unterrichts für »KI-gestützte Lernwerkzeuge« und will KI-Profilklassen einrichten (S. 26). Sie spricht sich gegen Pauschalverbote von Smartphones aus (S. 26). Public Private Partnership Modelle und außerschulische Anbieter sollen an der Entwicklung digitaler Bildung und Infrastruktur mitwirken. (S. 27, S. 29).



## **Bündnis 90/ Die Grünen**



Die Grünen Sachsen-Anhalt räumen dem Ausbau digitaler Schulinfrastruktur »hohe Priorität« (S. 58) ein und legen eine vollständige Ausstattungszusage vor, die Netz, WLAN, digitale Tafeln und Endgeräte für Lernende wie Lehrkräfte umfasst. Digitale Infrastruktur solle dabei mit »pädagogische[n] Konzepte[n]« verbunden und digitale Lernangebote »gleichwertig zu konventionellen Methoden« bereitgestellt werden (S. 58). Lehrkräfte sollen mit IT- und Digitalassistenzen entlastet werden (S. 58). Es fehlt eine Positionierung zum Einsatz von KI im Unterricht, zum Umgang mit Smartphones sowie zur Zusammenarbeit mit der digitalen Bildungswirtschaft.



## Zukunftsfähige berufliche Bildung und Fachkräftesicherung

### CDU



Die CDU Sachsen-Anhalt will die duale Ausbildung mit Berufsorientierung und Praxislerntag weiterentwickeln (S. 20). Internationale Fachkräftesicherung will sie mit einem Fokus auf internationale Studierende stärken (S. 16; 71). Weiterbildung rahmt sie als Durchlässigkeits- und Fachkräftehebel und plant eine zentrale digitale Lernplattform (S. 50, S. 71). Es fehlen jedoch Aussagen zur digitalen Ausstattung der Berufsschulen und verlässliche Angebote zum Aufbau von KI-Kompetenzen bei Beschäftigten.

### AfD



Die AfD Sachsen-Anhalt lehnt Fachkräfteeinwanderung grundsätzlich ab und stellt dieser eine »Geburtenwende« gegenüber (S. 41). Effizienzgewinne durch Digitalisierung und KI werden strategisch als vermeintliches Gegengewicht zur »Zuwanderung kulturfremder Fachkräfte« (S. 41) ausgespielt. Spezifische **Förderprogramme für Frauen** lehnt die AfD Sachsen-Anhalt ab (S. 94). Digitales Lernen in der beruflichen Bildung wird nicht erwähnt.

### Die Linke



Die Linke Sachsen-Anhalt bezeichnet die berufsbildenden Schulen als »Rückgrat« (S. 31) der dualen Ausbildung und schlägt ein Landesprogramm zur Modernisierung ihrer IT-Infrastruktur vor. Auszubildende sollen digitale Endgeräte, Software und Lernplattformen für »Phasen digitalen Lernens« (S. 32) erhalten. Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse soll mit digitalen Verfahren beschleunigt und ein »Recht auf digitale Weiterbildung« (S. 146) im öffentlichen Dienst geschaffen werden. Zukunftskompetenzen sollen in der Weiterbildung gefördert werden (S. 90).

### SPD



Die SPD Sachsen-Anhalt will Weiterbildung angesichts des Qualifizierungsbedarfs durch die Digitalisierung mit der Verstetigung bestehender Maßnahmen stärken (S. 9). Anerkennungsverfahren sollen beschleunigt, das Welcome Center zur Fachkräfteagentur ausgebaut und Frauen gezielt für MINT-Berufe gewonnen werden (S. 9 ff.). Das Wahlprogramm bleibt bei der digitalen Ausstattung der Berufsschulen und beim Aufbau von KI-Kompetenzen der Beschäftigten lückenhaft. Der geforderte Ausbildungsfonds (S. 9) ist als Umlagefinanzierung ausgelegt und würde Unternehmen zusätzlich belasten.

### FDP



Die FDP Sachsen-Anhalt fordert »digitale[n] Unterricht an Berufsschulen« (S. 31) sowie stärkere IT- und Medienkompetenz in den Ausbildungsgängen. Internationale Fachkräfte sollen Aufenthaltstitel »innerhalb von vier Wochen« erhalten (S. 10). Die Forderungen zur Stärkung lebenslangen Lernens im Strukturwandel bleiben unkonkret (S. 23). Das Wahlprogramm bleibt bei einer digital unterlegten Weiterbildungsstrategie und beim Aufbau von KI-Kompetenzen der Beschäftigten lückenhaft.

### Bündnis 90/ Die Grünen



Die Grünen Sachsen-Anhalt schlagen bei der Weiterbildung die systematische Nutzung »digitale[r] und hybride[r] Formate« (S. 61) vor, um Entfernungsbarrieren im ländlichen Raum abzubauen. Betriebe, die Beschäftigten Weiterbildung ermöglichen, sollen finanziell entlastet werden (S. 61). Eine »One-Stop-Agency« (S. 86) soll die Einwanderung für internationale Fachkräfte erleichtern. Programme zur Förderung von Frauen in MINT-Fächern sollen ausgebaut werden (S. 63). Bei der digitalen Ausstattung der Berufsschulen, und KI-Kompetenzen für Beschäftigte fehlen klare Positionierungen.



## Kompetenzen für eine resiliente digitale Gesellschaft

### CDU



Die CDU Sachsen-Anhalt will **Medienkompetenz »für alle Generationen«** (S. 34) weiterentwickeln und gemeinsam mit außerschulischen Partnern neue Formate schaffen (S. 35). Digitale Teilhabe soll mit »digitale[r] Bildung und einfachen Zugängen für alle Generationen« (S. 50) ermöglicht werden. Beim Vorgehen gegen **Desinformation** sucht sie die »Kooperation mit Plattformbetreibern« (S. 34 f.). Kritisch sind die Pläne, **informatische Grundbildung** nur im Rahmen der neuen Oberschule anzubieten und nicht als Pflichtfach für alle zu verankern (S. 21).

### AfD



Die AfD Sachsen-Anhalt fordert ein Pflichtfach Informatik ab Klasse 8, stellt dies allerdings als Gegenentwurf zu digitaler Bildung dar, die daraus bestehe, Kindern »digitale Endgeräte in die Hand zu drücken« (S. 79). **Medienkompetenz** als Befähigung zu sicherem Handeln erwähnt das Programm nicht, **digitale Teilhabe** verengt sich auf Netzverfügbarkeit im ländlichen Raum und den Erhalt menschlicher Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner (S. 192, S. 213). Das Vorgehen gegen **Desinformation** deutet das Programm als »digitale Zensur« (S. 223) und fordert ein entschiedenes Vorgehen gegen Initiativen zur Einschränkung von Desinformation sowie eine Rückabwicklung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (S. 222 f.).

### Die Linke



Die Linke Sachsen-Anhalt erklärt die Überwindung der **digitalen Spaltung** »nach Geldbeutel, Wissen und Alter« (S. 149) zum Programm und unterlegt sie mit konkreten Instrumenten: Sozialtarif beim Internetanschluss, Förderung bei der Anschaffung von Geräten und kostenlose Digitalkurse (S. 149). **Medienkompetenz** an Schulen soll mit einer 20-Millionen-Euro-Offensive gestärkt werden (S. 74). Es fehlt ein **Pflichtfach Informatik**. Kritisch ist die fehlende Perspektive zum Vorgehen gegen **Desinformation**. Das Programm kritisiert eine vermeintliche Manipulation durch Plattformen (S. 74), eine Perspektive für ein gemeinsames Vorgehen von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft fehlt.

### SPD



Die SPD Sachsen-Anhalt will **Medienbildung** fächerübergreifend (S. 19) verankern und verknüpft sie ausdrücklich mit Resilienz gegen »Hass im Netz, Desinformation und gezielten Kampagnen« (S. 35). **Digitale Teilhabe** soll über Barrierefreiheit und die Stärkung digitaler Angebote von Bibliotheken gestärkt werden (S. 40; S. 56). Eine bildungspolitische Perspektive zur Vermittlung von Digitalkompetenzen fehlt. Auch **informatische Grundbildung** wird nicht erwähnt. Beim Vorgehen gegen **Desinformation** fehlt eine Perspektive auf die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.

### FDP



Die FDP Sachsen-Anhalt will **Medienkompetenz** systematisch in Schule und Lehrkräftebildung etablieren (S. 25). MINT-Fächer sollen in den Stundentafeln fest verankert werden, ein klares Bekenntnis zum Pflichtfach Informatik fehlt allerdings (S. 27). Mit »Räumen für Macher« will die FDP niedrigschwellige Lernorte (S. 27) schaffen und adressiert digitale Schulungsangebote für Ältere (S. 27, S. 36). Beim Umgang mit **Desinformation** setzt sie konsequent auf Befähigung (S. 26). Eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaft wird nicht explizit genannt.



## Bündnis 90/ Die Grünen



Die Grünen Sachsen-Anhalt legen mit einem verpflichtenden Fach »Informatik und Medienbildung« von Klasse 5 bis 10/11 (S. 59) einen weitreichenden Vorschlag zur **informatischen und medialen Grundbildung** vor. Digital- und Medienkompetenz wollen sie auch in die **Erwachsenenbildung** (S. 48) tragen. **Digitale Teilhabe** erheben sie zum Maßstab und fordern, digitale Angebote müssten »analogen Alternativen gleichgestellt« und barrierefrei (S. 45) sein. Das Programm benennt **Desinformation** als Gefahr für die Demokratie und setzt auf »Transparenz, Aufklärung und klare Regeln« (S. 48); die Wirtschaft wird jedoch nicht als aktiver Partner eingebunden.

Bitkom vertritt mehr als 2.200 Mitgliedsunternehmen aus der digitalen Wirtschaft. Sie generieren in Deutschland gut 200 Milliarden Euro Umsatz mit digitalen Technologien und Lösungen und beschäftigen mehr als 2 Millionen Menschen. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 700 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig, kreieren Content, bieten Plattformen an oder sind in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 82 Prozent der im Bitkom engagierten Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, weitere 8 Prozent kommen aus dem restlichen Europa und 7 Prozent aus den USA. 3 Prozent stammen aus anderen Regionen der Welt. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem leistungsfähigen und souveränen Digitalstandort zu machen.

#### Herausgeber

Bitkom e.V.

Albrechtstr. 10 | 10117 Berlin

#### Ansprechpartner

Lewis Erckenbrecht | Referent für Bildungspolitik & Digitale Gesellschaft

T +49 30 27576-309 | l.erckenbrecht@bitkom.org

Gianna Albrecht | Referentin Landespolitik & Internationales

T +49 30 27576-366 | g.albrecht@bitkom.org

#### Verantwortliches Bitkom-Gremium

AK Bildungspolitik und Arbeitsmarkt

#### Copyright

Bitkom 2026

Diese Publikation stellt eine allgemeine unverbindliche Information dar. Die Inhalte spiegeln die Auffassung im Bitkom zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wider. Obwohl die Informationen mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurden, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität, insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalles Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt daher in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung wird ausgeschlossen. Alle Rechte, auch der auszugsweisen Vervielfältigung, liegen beim Bitkom oder den jeweiligen Rechteinhabern.